

Geschäftsführung Jugendhilfeausschuss

Es informiert Sie Norbert Korte

Telefon (0202) 563 25 41 Fax (0202) 563 81 37

E-Mail Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de

Datum 25.07.12

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (SI/5510/07) am 04.12.2007

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Andreas Mucke (stellvertr. Vorsitzender)

von der CDU-Fraktion

Herr Ralf Geisendörfer, Frau Claudia Hardt, Herr Andreas Bergmann, Herr Arno Hadasch

von der SPD-Fraktion

Frau Helga Güster, Frau Christa Stuhlreiter

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Paul Yves Ramette

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Herr Dr. Dirk Krüger (Frakt. DIE LINKE)

von den Wohlfahrts- u. Jugendverbänden

Herr Eckhard Arens (Caritas in Wuppertal), Herr Ulrich Ippendorf (Arbeiterwohlfahrt), Herr Dr. Martin Hamburger (Diakonie Wuppertal), Frau Anneliese Füssel, Herr Günter Schmalenbeck, Herr Günter Schwarz (alle Jugendring)

als ber. Mitglieder gem. Satzung des Jugendamtes

Frau Dr. Britta Lenders (DPWV), Reinhard Fliege (Deutsches Rotes Kreuz), Herr Hartmut Kumpf (Evang. Kirche), Frau Felizitas Marx (Kath. Kirche), Frau Regina Scheuvens (Schulen), Frau Andrea Sauter-Glücklich (Jugendgericht), Herr KK Ralf Weidner (Polizei), Frau Regine Richling (sachkundige Bürgerin), Herr Dr. Stefan Kühn (Geschäftsbereich Soziales, Jugend und Integration), Herr Dieter Verst (Ressort Kinder, Jugend und Familie - Jugendamt)

als Vertreter der Bezirksjugendräte

Frau Zoé Liebner, Herr Nicholas E. Gödeking

Vertreter/innen der Verwaltung

Frau Cornelia Weidenbruch (SB 202 – Tageseinrichtg. für Kinder), Frau Friederike Krentz (Res. 208.0 – FB Kinder- u. Jugendhilfe), Frau Britta Jobst (Res. 208.2 – FB Jugend & Freizeit), Herr Peter Krieg (Res. 208.2 – FB Jugend & Freizeit), Frau Christine Schmidt (Res. 208.JHP – Jugendhilfeplanung), Herr Winfried Schilke (Res. 208.00 – Team Fachreferat), Frau Monika Julius-Linke (Res. 208.212 – Bezirksjugendräte)

Schriftführer: Herr Norbert Korte

Beginn: 16:04 Uhr Ende: 17:36 Uhr

Der **Vorsitzende** verpflichtet **Herrn Weidner** formgemäß als neues beratendes Mitglied der Polizei für Herrn Dreiseitel.

Es besteht Einvernehmen, dem Vorschlag des **Vorsitzenden** zu folgen und die Beratung des Haushaltsplan-Entwurfes 2008/2009 als Tagesordnungspunkt 2 zu behandeln.

I. Öffentlicher Teil

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.10.07

Gegen die Niederschrift über die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses werden keine Bedenken erhoben. Die Niederschrift gilt damit als genehmigt.

2 Beratung des Haushaltsplan-Entwurfes 2008/2009 (Bereich Jugendhilfe) Vorlage: VO/0853/07

Der Vorsitzende schlägt vor, den Haushaltsplan-Entwurf 2008/2009 in der vorliegenden Form aufgrund der prekären Haushaltslage zur Kenntnis zu nehmen und auf Änderungsanträge zu verzichten. Auch der neue Haushaltsplan-Entwurf sei nicht genehmigungsfähig. Die Stadt dürfe deshalb keine zusätzlichen freiwilligen Aufgaben übernehmen. Andererseits sei es der Verwaltung gelungen, das bisherige Niveau der Förderung und Unterstützung zu erhalten, auch wenn durch die Inflation faktisch eine seit Jahren schleichende Absenkung der Zuschüsse zu verzeichnen ist. Der Wuppertaler Weg in der Jugendhilfe sei nach wie vor der richtige.

Herr Dr. Kühn betont, dass die Beratung des Haushaltsplan-Entwurfes angesichts der auf die Stadt drückenden Schuldenlast und der damit verbundenen Auflagen der Bezirksregierung ein "bitterer Tag" für die kommunale Selbstverwaltung darstellt. Insofern sei es als Erfolg zu werten, dass die Zuschüsse an die freien Träger in der bisherigen Höhe gezahlt werden könnten.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Arens, Herr Ramette, Herr Krüger, Herr Dr. Hamburger und Herr Schmalenbeck.

Herr Ramette bittet die Verwaltung, nach Wegen zu suchen, um den städtischen Anteil für das von der Frauenberatung & Selbsthilfe e.V. als Anlaufstelle für Hilfen bei sexualisierter Gewalt geplante "KI-JU-Mobil" zu finanzieren.

Herr Dr. Kühn sagt zum besseren Verständnis des Haushaltsplans zu, den Ausschussmitgliedern noch weiteres Informationsmaterial zur Verfügung zu stellen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 04.12.2007:

- 1. Der den Kinder- und Jugendbereich betreffende Teil des Haushaltsplan-Entwurfes 2008/2009 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
- 2. Die Anträge der freien Träger werden zur Kenntnis genommen.
- 7 Ja-Stimmen, 7 Enthaltungen

Zweites Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in NRW - Reform der Versorgungsverwaltung

Durchführungsbeschluss - Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen den Städten Remscheid, Solingen und Wuppertal Vorlage: VO/0952/07

Herr Dr. Kühn berichtet über die Schwierigkeiten mit dem Land, die mit der Übernahme der Versorgungsverwaltung durch die Kommunen verbunden sind. Die Verwaltung des Elterngeldes werde organisatorisch dem Ressort Kinder, Jugend und Familie angegliedert.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 04.12.2007:

Die Drucksache wird gemäß Vorlage beschlossen.

13 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

4 Zukunft der Bezirksjugendräte

- Präsentation durch die Bezirksjugendräte -

Mitglieder verschiedener Bezirksjugendräte stellen ihre bisherige Arbeit in der Legislaturperiode 2006/2007 vor und geben einen Ausblick auf ihre Ziele im kommenden Jahr (Powerpoint-Präsentation siehe <u>Anlage 1</u>). Sie sprechen sich im Hinblick auf die 2009 anstehende Neuwahl dafür aus, an dem nach ihrer Ansicht bewährten Modell der Bezirksjugendräte festzuhalten.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich der Vorsitzende, Herr Kumpf und Herr Ramette.

Auf Nachfrage von **Herrn Kumpf** teilt die für die Bezirksjugendräte zuständige Mitarbeiterin, **Frau Julius-Linke**, mit, dass die bereits vor einigen Wochen von den Bezirksjugendräten angekündigten Anträge wegen der noch nicht abgeschlossenen Vorarbeiten erst im kommenden Jahr eingebracht werden könnten.

5 Schule – Jugendhilfe

- mündlicher Erfahrungsbericht zum Pilotprojekt Zusammenarbeit von Grund-/Förderschulen mit Bezirkssozialdiensten -

Herr Schilke vom Fachbereich Kinder- und Jugendhilfe und Frau Klose, Leiterin der Grundschule Reichsgrafenstr., berichten über die Erfahrungen, die im ersten Jahr mit dem Projekt "Schule mit Jugendhilfe" gemacht worden sind. Eine Zusammenfassung des Berichtes ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich der Vorsitzende, Herr Dr. Krüger, Herr Kumpf und Herr Dr. Hamburger.

Der **Vorsitzende** bittet, dem Jugendhilfeausschuss nach den Sommerferien 2008 einen Abschlussbericht vorzulegen.

6 Überleitungskonzept GTK - KiBiz Vorlage: VO/1027/07

Herrn Dr. Kühn betont, dass die Umstellung vom bisherigen GTK auf das neue Kinderbildungsgesetz haushaltsneutral erfolgen muss.

Herr Dr. Hamburger bedankt sich für die gute Einbindung der freien Träger in den Umstellungsprozess.

Frau Weidenbruch beantwortet eine Frage von **Herrn Ramette** zu den Problemen, die unter Umständen durch das Wahlverhalten der Eltern auftreten können.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 04.12.2007:

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Beschluss entgegen.

Das Kinderbildungsgesetz NRW (KiBiZ) und die Folgen für Wuppertal Anfrage der Frakt. Bündnis 90/ Die Grünen Vorlage: VO/1020/07

Herr Ramette sieht die Anfrage seiner Fraktion durch die zuvor behandelte Drucksache VO/1027/07 als erledigt an.

8 Wünsche und Anregungen

Herr Schmalenbeck stellt die Planungen für die Gedenkveranstaltungen zur Erinnerung an die Eröffnung des Konzentrationslagers Kemna vor 75 Jahren vor. Er bittet die Ausschussmitglieder, mit Ideen und tatkräftiger Unterstützung zum Gelingen der Gedenkveranstaltungen beizutragen.

Frau Weidenbruch bestätigt gegenüber Herrn Dr. Krüger, dass ein Beschwerdeschreiben des Elternrates der Tageseinrichtung für Kinder Simonsstr. beantwortet worden ist.

Herr Dr. Kühn beantwortet eine Frage von Herrn Dr. Krüger zum Haus der Jugend Barmen. Erstes Ziel sei es nach wie vor, das neue Konzept "Zentrum für Junge Kunst und Kultur" verbunden mit einer Landesförderung umzusetzen. Davon unabhängig werde die Arbeit des Hauses der Jugend aber auf jeden Fall weitergeführt.

Herr Dr. Kühn beantwortet außerdem eine Frage von **Herrn Ramette** zu einer Kindestötung im Quartier Uellendahl.

Mucke stellvertr. Vorsitzender

Korte Schriftführer

Anlage zu TOP 5 (Schule – Jugendhilfe)

Pilotprojekt Schule mit Jugendhilfe

9 Wuppertaler Grundschulen mit offenem Ganztag und 6 Bezirkssozialdiensten (BSD) Start im Mai 2006

Wer macht alles mit?

■ BSD 1 GS Elfenhang Trägerverein

■ BSD 3 GS Nützenberger Str. Betreuungsverein

GS Marienstrasse AWO
BSD 4 GS Distelbeck Diakonie
GS Reichsgrafenstr. Schulverein
GS Königshöher Weg Förderverein

BSD 5 GS Liegnitzer Str.
Betreuungsverein

BSD 6 GS Hesselnberg AWO

■ BSD 7 GS Fritz-Harkort-Schule Förderverein

Was war in Wuppertal förderlich für dieses Projekt?

- Schulleitungen baten 2004 für Umsetzung des offenen Ganztags um Unterstützung bei den Dezernenten.
- Ratsauftrag in 2005 und Mitarbeit in Steuerungsgruppe "Erziehung in der Schule Hilfen zur Erziehung".
- Leitbildentwicklung in 2006.
- Vorlagen in Schul- und Jugendhilfeausschuss 2006 und 2007.

Was wollen wir erreichen?

- Gemeinsame F\u00f6rderung von Kindern und Familien.
- Kooperation zwischen Schule, Betreuung im Ganztag und BSD.
- Frühe strukturierte und persönliche Zusammenarbeit.
- Nutzen der vorhandenen Ressourcen im Sozialraum im Interesse der Kinder.

Wer trägt was dazu bei?

- In den Schulen wird für Lehrerinnen, Lehrer und Betreuungskräfte ein Beobachtungsbogen verbindlich eingeführt.
- Wenn zur F\u00f6rderung des Kindes die Angebote der Schule nicht mehr ausreichen, wird der Bogen Anmeldung Beratungsbedarf an den BSD geschickt.
- Im BSD wird ein gemeinsamer Termin mit allen Beteiligten organisiert und der Anmeldebogen ergänzt an Schule zurückgeschickt.

Gemeinsam geht es weiter!

- Innerhalb von 14 Tagen findet das erste gemeinsame Gespräch im BSD oder der Schule statt.
- Je nach Bedarf finden weitere gemeinsame Gespräche statt.
- Die fallverantwortliche Fachkraft im BSD moderiert und dokumentiert das Erstgespräch auf dem Formblatt "Kurzprotokoll".

Ergebnisse nach 1. Projektjahr

- In über 30 Fällen konnten zügig Hilfen angeboten werden.
- In allen Fällen handelt es sich um "neue" Kinder.
- Keine Antragsflut und keine Abschiebung von Schule.
- Eher späte als frühe Meldungen durch die Schulen.
- Durch Einführung der Beobachtungsbögen bessere schulinternen Abläufe und Fallbesprechungen.
- Bisherige bewährte Koop-Wege sind nicht gefährdet.
- Vom Einzelfall zum Präventionsprojekt.
- Der präventive Charakter des Projektes lässt sich noch stärker ausbauen.

Ausblick

- Beteiligte Schulen machen weiter, evtl. Ausweitung des Projektes.
- Projekt dient als Basis für die Kooperationsvereinbarung zwischen Schulen und Jugendamt zu §42 SchulG und § 8a SGB VIII.
- ½ jährlich Vernetzungsgespräche BSD-Leitung und Schulleitung wird Standard.